

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

14.10.1929 (No. 239)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postkontos
Karlsruhe
Nr. 8515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger
Chefredakteur
E. Krenn,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einjährig 32,50 RM, einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf., Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Stebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassencabatt gilt und erweitert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Verteilung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Die Lage des Arbeitsmarktes

(Mitgeteilt vom Landesarbeitsamt Südbadens)

Im Gesamtbild des Arbeitsmarktes machte sich in der Berichtszeit vom 3. bis 9. Oktober die Zunahme der Arbeitslosigkeit etwas stärker geltend als in den Vorwochen. Auf dem Arbeitsmarkt für Männer wurde die von den Außenberufen ausgehende, an sich noch geringe Abschwächung des Beschäftigungsgrades durch Entlassungen in der Maschinenindustrie verstärkt. Auf dem weiblichen Arbeitsmarkt wurde die Zunahme der Arbeitslosen in den saisonmäßig abgeschwächten Berufen durch die Belebung der Lage auf Teilgebieten der Textilindustrie, des Nahrungs- und Genussmittelgewerbes und des Bekleidungsgebietes wieder aufgehoben. Im Einklang mit dieser Entwicklung ist die Inanspruchnahme der Arbeitslosenversicherung bei den Männern um 3,5 v. H. gestiegen und bei den Frauen um 0,4 v. H. gefallen.

Der Stand der unterstützten Arbeitslosen war am 9. Oktober folgender:

- In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 38 010 Personen (29 265 Männer, 8745 Frauen), in der Arbeitslosenunterstützung 3349 Personen (2303 Männer, 2046 Frauen).

Die Gesamtzahl der Unterstützten stieg um 1300 Personen oder 2,9 v. H. von 45 050 Personen (34 246 Männer, 10 804 Frauen) auf 46 350 Personen (35 568 Männer, 10 782 Frauen).

Davon kamen auf Württemberg 15 691 gegen 15 191 und auf Baden 30 659 gegen 29 859 am 2. Oktober.

Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamts Südbadens kamen am 9. Oktober 1929 auf 1000 Einwohner 9,2 Hauptunterstützungsempfänger gegen 8,9 in der Vorwoche.

Die Berufsgruppen, welche die Gestaltung des Arbeitsmarktes im wesentlichen beeinflussten, waren hauptsächlich folgende:

Das Hochgewerbe war für Außenarbeiter in vielen Bezirken nur mehr sehr beschränkt aufnahmefähig; gesteigert war dagegen die Nachfrage nach Facharbeitern für den Innenausbau. Im Tiefgewerbe gab es noch mancherorts neue, allerdings kurzfristige Unterbringungsleistungen bei Straßen-, Wasserleitungs- und Kanalarbeitern. In den Maßnahmen der werksmäßigen Arbeitslosenfürsorge waren im ganzen 2342 Mann als Vorstandsarbeiter untergebracht, wobei der Bau des Schlachthauswerkes zur Zeit allein über 1200 Arbeitslosen Beschäftigung gibt. In der Bauindustrie waren die Entlassungen in der Berichtwoche nicht von Bedeutung, doch machen sich Anzeichen eines baldigen Saisonrückganges in gesteigertem Maße bemerkbar.

Im Verkehrsgewerbe zwang der niedrige Wasserstand Schiffsahrt und Hafenbetrieb zu weiteren Entlassungen. Die Reichsbahn nahm in einigen Bezirken Einstellungen für den Herbstgüterverkehr und für Streckenarbeiten vor, aber auch Entlassungen wurden gemeldet. Im Hotel- und Gastwirtschaftsgewerbe vergrößert der Arbeitsmarkt infolge des anhaltenden Andrangs aus den Saisonorten jetzt über alle gefragten Fachkräfte, mit Ausnahme von Küchenmädchen. In der Berufsgruppe häusliche Dienste machte sich in fast allen größeren Orten ein vermehrter Zugang von nicht genügend geschulten Kräften vom Lande, die sehr schwer unterzubringen sind, bemerkbar. In der Landwirtschaft fand noch eine große Anzahl von Arbeitskräften in der Nebenernte Verwendung; sonst ist die Nachfrage nach unständigen Kräften erheblich zurückgegangen.

In der Industrie war die Zunahme der Arbeitslosigkeit wiederum durch das Nachlassen des Beschäftigungsgrades der Maschinenindustrie, hauptsächlich des landwirtschaftlichen Maschinenbaus und der Automobilindustrie, verursacht. Auch Gießereien und die Fahrrad- und Nähmaschinenfabrikation waren an den Entlassungen beteiligt. Einstellungen von Arbeitskräften nahmen nur die Metallwarenfabrikation und die Herd- und Ofenindustrie vor. In der Porzellan- und Schmiedewarenindustrie ist weiterhin eine Besserung der Lage zu verzeichnen, so daß in den männlichen Spezialberufen, insbesondere bei Häusern und Ringmachern, bereits ein Mangel an tüchtigen Kräften eingetreten ist; auch in den weiblichen Berufen sind die Beschäftigungsverhältnisse im großen und ganzen günstig. In der Gießereiindustrie ist die Goldwarenindustrie ebenfalls sehr gut beschäftigt, während die Silberwarenindustrie über nicht genügende Aufträge zu klagen hat. Die Vermittlungstätigkeit von Facharbeitern des Metallgewerbes wie Wagnern, Installateuren, Heizungs- und Elektromonteurern war wegen der durch örtliche Arbeitskämpfe behindert.

In der chemischen Industrie nahmen die Entlassungen ihren Fortgang. In der Textilindustrie wurden Entlassungen in der Filzfabrikation angeündigt; aufnahmefähig war die Chappespinerei. In der Holzindustrie war die Lage in der Wälscherei etwas belebt, der Bedarf an Möbelschreibern war nur gering. Die Beschäftigung des Nahrungsmittelgewerbes hat neuerdings durch Beginn der Fischereien und Juckerübenverarbeitung eine ziemliche Belebung erfahren. Im Bekleidungsgebiet entspricht der Beschäftigungsstand der Wälscherei noch nicht den Erwartungen. In der Gutindustrie wurden erhebliche Entlassungen gemeldet. Auch die Schuhindustrie scheint neuerdings zur Abschwächung zu neigen. In einem großen Betrieb wurden bereits Entlassungen vorgenommen, in einem anderen, bisher vollbeschäftigten Großbetrieb wurde Einschränkung der Arbeitszeit in Aussicht gestellt. In den übrigen Berufsgruppen waren die Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt nicht von Bedeutung.

Letzte Nachrichten

Die Reichsfinanzreform

Geringe Hoffnungen auf rasche Erledigung

M. Berlin, 14. Okt. (Priv.-Tel.) Die Hoffnungen auf eine rasche Erledigung der Reichsfinanzreform sind ziemlich zusammengeschrumpft. Das Reichsfinanzministerium ist einseitig mit den Arbeiten zu den Einzelverhandlungen zum Owen-Young-Plan, die gegenwärtig in Paris und Baden-Baden stattfinden, vollauf beschäftigt. Dazu kommt, daß die Verhandlungen mit den Steuer- und Finanzfachverbänden der Parteien, die auch in der letzten Zeit geführt worden sind, bisher keinerlei Ergebnis gehabt haben, weil die Parteien sich nicht entschließen wollen, sich festzulegen, bevor nicht der Owen-Young-Plan verabschiedet worden ist. Auch der Nachtragsetat ist bisher nicht fertiggestellt worden.

Da voraussichtlich Ende November oder Anfang Dezember die Younggesetze dem Reichstag vorliegen werden, wird für den Nachtragsetat der früheste Verhandlungstermin Mitte Dezember sein. Infolgedessen glaubt man in politischen Kreisen nicht mehr, daß das Steuervereinfachungsgesetz, das Finanzausgleichsgesetz zwischen Reich und Ländern, die Finanzreform und der Etat in diesem Jahre überhaupt noch zur Verhandlung kommen. Wenn man sie alle zugleich erledigen wollte, wird vermutlich der Termin des 1. April, mit dem das neue Rechnungsjahr beginnt, weit überschritten. Man glaubt deshalb, daß man zu einem Notetat kommen werde, und daß erst der Sommer nächsten Jahres die Erledigung der an sich so dringlichen Aufgaben bringen wird.

Kein Aufruf der Reichsregierung gegen das Volksbegehren

Württemberg und ein Plakat der Reichszentrale

M. Berlin, 14. Okt. (Priv.-Tel.) Zu den Meldungen, die bereits zum Sonntag die Veröffentlichung eines Aufrufs der Reichsregierung gegen das Volksbegehren ankündigten, erfahren wir, daß es sich lediglich um einen Aufruf handelt, der von führenden Persönlichkeiten aus allen Lagern der Wirtschaft, der Wissenschaft und Kunst und Politik, darunter selbstverständlich auch von Mitgliedern der Regierungen des Reichs und der Länder unterschrieben wird.

Zur Meldung eines Berliner Montagblattes, daß die württembergische Regierung sich geweigert habe, den Aufruf zu unterschreiben, weil sie ihn für überflüssig halte, wird mitgeteilt, daß es sich hier auch nicht um einen Aufruf der Reichsregierung handelt, sondern um ein Plakat der Reichszentrale für Heimatsdienst mit Auszügen aus der letzten Rede Stresemanns.

Leipart auf der Abus verunglückt

Pr. Berlin, 14. Okt. (Priv.-Tel.) Ein schweres Unfallschicksal ereignete sich heute morgen gegen 8 1/2 Uhr auf der Abusbahn. Ein Privatwagen der „Bank für Arbeiter, Angestellte und Beamte“ geriet in einem Tempo von 70 Kilometer auf den Mittelstreifen, überfuhr sich und begrub den Chauffeur und die beiden Insassen des Wagens unter sich. Lebensgefährlich verletzt wurde der Minister a. D. und Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipart, während der mitfahrende Geheimrat Bagemann ebenfalls schwer, doch nicht lebensgefährlich Verletzungen erlitt. Der Chauffeur erlitt eine Gehirnerschütterung. Leipart hatte den Vorsitz des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der größten deutschen Arbeiterorganisation, nach dem Tode von Karl Legien vor 8 Jahren übernommen.

Arabischer Protest in Palästina

WTB. London, 14. Okt. (Tel.) „Daily Mail“ berichtet aus Jerusalem: Der Vollzugsrat des arabischen Palästina-Kongresses sagte gestern den Beschlüssen am Mittwoch in Palästina den Generalstreik als Protest gegen die neuen Bestimmungen des britischen Oberkommissars für jüdische gottesdienstliche Handlungen an der Klugmauer zu erklären. Der Großmufti verlangt in einem Telegramm an König Georg, daß die mohammedanischen heiligen Stätten gegen den zionistischen Angriffsgedanken geschützt werden.

Russischer Protest gegen chinesische Überfälle

WTB. Moskau, 14. Okt. (Tel.) Die Sowjetregierung führt in einer Erklärung an die deutsche Volksgemeinschaft zur Weisung an die Regierungen in Kanton und Mukden eine Reihe neuer Überfälle durch chinesische Militärs und Weisgarbisten auf Sowjetgebiet an, darunter eine am 12. d. M. erfolgte Beschädigung einer Flotille von Sowjethandelschiffen. Diese Beschädigung habe die begleitende Sowjetkriegsflotte gezwungen, Gegenmaßnahmen zu treffen. Die Sowjetregierung protestiert entschieden gegen diese neuen Angriffe und erklärt, sie werde fernernhin die zur Sicherung der Ruhe zwischen der Sowjetunion und China erforderlichen Maßnahmen treffen.

Die Tagung des Reichsbundes der Kommunalbeamten in Mannheim

Gegen das Volksbegehren — Das Berufsbeamtentum — Die Reichsreform

Am Samstagvormittag nahm, wie bereits gemeldet, in Mannheim der von etwa 400 Delegierten besuchte Bundestag des Reichsbundes der Kommunalbeamten und Kommunalangestellten seinen Anfang. Die badische Regierung, das badische Parlament, die Stadtverwaltung hatten Vertreter entsandt.

Magistrat Gutschmidt, Berlin, begrüßte die Erschienenen, darunter auch die Vertreter des Deutschen Städtetags, des Reichsverbands der Gemeindeangestellten Österreichs und des Niederländischen Verbandes, der Schweiz, der Stadt Riga und erinnerte daran, daß der Bundestag in eine Zeit fällt, in der schwierige, weittragende politische Entschlüsse von den berufenen Körperschaften zu fassen sind. Hoherfreudlich sei, daß die Räumung der besetzten Gebiete zum Teil schon begonnen habe, zum Teil schon in die Nähe gerückt sei. Besonderen Gruß entbot der Redner dem Saargebiet und erinnerte im Zusammenhang daran an das Hinscheiden des Reichsministers Dr. Stresemann, in dem die Deutsche Beamtenschaft einen bedeutenden Staatsmann bereitet habe, der auch die Mission des Berufsbeamtentums richtig erkannt und anerkannt habe. Die Versammlung erhob sich zum Ehrengedenken Stresemanns von den Sitzen.

Der Redner kam dann auf das Volksbegehren zu sprechen und gab der Ansicht Ausdruck, daß in der jetzigen Zeit ein solches Vorgehen nur geeignet sei, Unfrieden und Zersplitterung im deutschen Volk zu vertiefen. Die Beamtenschaft habe dem Staat nicht nur den Treueid geleistet, sondern sie sei in ihrer überproportionalen Mehrheit der deutschen Republik auch innerlich verbunden. Die Beamtenschaft habe die staatspolitische Aufgabe, die Gegensätze im Volk zu überbrücken und das allein müsse genügen, um der Beamtenschaft den einzig richtigen Weg zu weisen, den sie in diesem Fall zu gehen hat, nämlich sich von dem Volksbegehren fernzuhalten. Das habe mit Parteipolitik nichts zu tun, sondern entspreche nur der Auffassung, von der Stellung des Beamtentums im Volksstaat.

Der Redner kam dann im folgenden auf den Wert und die Notwendigkeit des Berufsbeamtentums zu sprechen und erklärte, es sei nicht verständlich, daß zum Beispiel der Deutsche Städtetag es für richtig gehalten habe, Vorschläge über Zuständigkeiten zu machen, die darüber hinaus das Beamtentum in den Gemeinden in ihren Rechten so außerordentlich stark berühren, daß die Behauptung berechtigt sei, daß damit das Berufsbeamtentum in den Gemeinden langsam aber sicher abgebaut wird. Am Schluß seiner Rede gab Magistrat Gutschmidt der Erwartung Ausdruck, daß die Tagung dem ganzen Volk von Nutzen sein möge.

Die Grüße der badischen Regierung und des Innenministers überbrachte Ministerialrat Dr. Wetzel. Die badische Gemeindeordnung, so führte er u. a. aus, habe das Beamtentum und Anstelltenrecht auf eine neue Grundlage gestellt und wenn auch nicht alle Wünsche erfüllt seien, so bedeute es doch einen Fortschritt. Die neue badische Gemeindeordnung habe eine weitgehende Angleichung der Dienstverhältnisse der Gemeindebeamten an das der Staatsbeamten gebracht.

Für den Deutschen Städtetag sprach dessen 2. Vizepräsident, Dr. Elsas, der u. a. die Ansicht widerlegte, als ob der Städtetag an der Grundlage des Berufsbeamtentums für die Gemeinden rütteln wolle. Auf dem Gebiet der Regelung der Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Gemeinden, Ländern und Reich sei immer noch keine Klärung geschaffen worden. Das Problem müsse auch von unten her untersucht und geprüft werden.

Nach weiteren Begrüßungsansprachen anderer Behörden- und sonstiger Vertreter verbreitete sich Bundesdirektor Geymann über das Thema „Das kommunale Beamtentum“. Den Inhalt seines Vortrags haben wir bereits kurz wiedergegeben. Er verlangte die reichseinheitliche Regelung aller wesentlichen Grundfragen des Beamtentums und vor allem die gesetzliche Sicherung der Unkündbarkeit und einer angemessenen Bezahlung.

Im Anschluß an das Referat wurde eine Entschließung angenommen, in der ausgedrückt wird, daß der Bundestag mit Befremden von den Beschlüssen des deutschen Städtetages bezüglich der Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Reich, Ländern und Gemeinden Kenntnis genommen habe. Die Selbstverwaltung dürfe nicht Selbstzweck, sondern müsse Staatszweck sein. Das Beamtentum müsse für alle Beamten einheitlich geregelt werden.

Im weiteren Verlauf des Bundestages der Kommunalbeamten wurde nach den Referaten in der Aussprache von verschiedenen Rednern gegen die Tendenz, den Stand der Berufsbeamten zu verdrängen, scharf Stellung genommen. Hierbei richtete Abg. Heilmann (München) sehr scharfe Ausführungen gegen den Städtetag, vor allem gegen seine Vorschläge. Dr. Rulert und (den anwesenden) Dr. Elsas, wobei es an persönlichen Angriffen nicht fehlte. Obgleich der Vorsitzende den Redner ersuchte, die persönlichen Angriffe zu unterlassen und sich zu möglichen, verließ Dr. Elsas unter Protest den Saal. Die weiteren Darlegungen des Abgeordneten Heilmann richteten sich gegen den Städtetag und fanden die Zustimmung der Versammlung.

In der Nachmittagsitzung kam dann auch der Vorsitzende, Magistrat Gutschmidt, auf den Fall Sklarek zu sprechen. Er forderte, daß über die Vorgänge in dieser Sache volle Klarheit geschaffen werde. Derartige Einzelfälle dürfen aber unter keinen Umständen verallgemeinert und der Gesamtbeamtenschaft zur Last gelegt werden. Es sei nicht die Absicht, irgend etwas beschönigen zu wollen, aber es müsse doch darauf hingewiesen werden, daß in dem Falle Sklarek z. B. eine Liste von Beamten veröffentlicht wurde, obgleich in der Bericht-

erhaltung hinzugefügt werden mußte, daß keineswegs fest-
stünde, ob diesen Beamten irgendeine Schuld beizumessen sei.
Die Namen anderer Personen, z. B. von Stadtverordneten,
sowie mit der Begründung nicht veröffentlicht worden, es handle
sich dabei um Privatpersonen. Das stelle ein Unrecht gegen-
über den Beamten dar.

Zur Erörterung kamen dann noch geschäftliche Fragen. Es
wurde mitgeteilt, daß die Mitgliederzahl des Reichsbundes der
Kommunalbeamten auch im abgelaufenen Jahr weiter gestie-
gen ist und sich um 5000 auf 189 371 vermehrt hat.

Sodann hörte die Tagung einen Vortrag des Geschäftsfüh-
rers Meuter (Berlin) über „Zehn Jahre deutscher und außer-
deutscher Beamtenbewegung“. Aus den Ausführungen des
Redners ist bemerkenswert die Feststellung: Der Deutsche Be-
amtenbund, der auf der Grundlage parteipolitischer Neutrali-
tät steht, habe zwar im Laufe der Jahre einige Ansplitterun-
gen erfahren, sei aber immer noch als die maßgebliche Groß-
organisation des deutschen Berufsbeamtenstandes anzusehen.

Es folgte dann ein Vortrag von Bundesdirektor Schubert
(Dresden) über „Das Gesetz über den Übertritt von Beamten
in den Reichsdienst aus Anlaß der Steuervereinfachung“.
Nein geschäftliche Angelegenheiten (Kassenbericht, Haushalts-
plan) wurden schnell erledigt. Bei den Wahlen wurden die
Mitglieder der Bundesleitung des Reichsbundes wiedergewählt,
und zwar Magistratsrat Gutschmidt (Berlin) zum ersten, Di-
rektor Holzmann (München) zum zweiten, Bürodirektor Boett-
ger (Dresden) zum dritten Vorsitzenden. Bundesdirektor Ge-
mann wurde ebenfalls einstimmig wiedergewählt.

Zum Ort der nächsten Tagung wurde Trier bestimmt.
Der Sonntag brachte zwei Vorträge, und zwar einen über
„Reichsreform und Selbstverwaltung“ des badischen Innen-
ministers Dr. Kemmele, über den wir noch ausführlich berich-
ten werden, und einen Vortrag von Bundesdirektor Benz über
die Zukunft des Berufsbeamtenstandes.

Die Organisation der Internationalen Bank Der Präsident des Verwaltungsrates

Der in Baden-Baden tagende Organisationsausschuß be-
faßte sich in seiner Vollversammlung am Samstag nochmals mit
der Frage der Nachübernahme innerhalb der Bank. Man
einigte sich dahin, die Politik der Bank in die Hände des
Präsidenten des Verwaltungsrates zu legen. Außerlich ist der
Präsident natürlich primus inter pares, aber die Tatsache,
daß er im Hauptamt tätig ist, seinen Wohnsitz am Ort der
Bank haben und dem dreijährigen Turnus unterliegen, also
ständig im Amt sein soll, drückt seiner Macht schon äußerlich
den Stempel auf. Ihm steht auch die Einberufung des Ver-
waltungsrates zu. Wie man sagt, sei die Frage, welches Land
den Präsidenten stellen soll, noch nicht erörtert worden. Man
sucht ohne Rücksicht auf die Nationalität den geeignetsten
Mann, denn er werde in der Lage sein, der Bank seinen
Stempel aufzudrücken.

Die australischen Wahlen Sieg der Arbeiterpartei

Melbourne, 14. Okt. (Tel.) Die Regierung Bruce,
die von den Nationalisten und der Landpartei unterstützt
wurde, hat bei den allgemeinen Wahlen zum australischen
Repräsentantenhaus eine schwere Niederlage erlitten. Nach
den bisher vorliegenden Ergebnissen wird die Arbeiterpartei
durch nahezu 50 Mitglieder in dem neuen Parlament vertre-
ten sein. Das letzte Parlament setzte sich bei seiner Auflösung
aus 76 Abgeordneten zusammen. Unter den wiedergewählten
befindet sich der frühere Premierminister Hughes. Es erscheint
sicher, daß ein Kabinett der Arbeiterpartei unter Scullin ge-
bildet werden wird.

Sahib Allah gefangen genommen?

London, 14. Okt. (Tel.) Die „Daily Telegraph“
aus Allahabad berichtet, soll einem unbefähigten Gerücht zu-
folge, Emir Sahib Allah mit seinem Vater und seinem Bru-
der in der Zitadelle von Kabul gefangen genommen worden
sein. Die drahtlose Station von Kabul schweigt weiterhin.

Enthüllung der Wagner-Gedenktafel am Karlsruher Marktplatz

Das bedauerenswerte Schicksal so mancher Gedenktafel, kurze
Zeit nach ihrer Enthüllung noch kaum von jemand beachtet
zu werden, wird diese Richard-Wagner-Gedenktafel, deren
feierliche Enthüllung Sonntag vormittag stattfand, nicht teil-
en. Dafür bürgt der in schönsten und edelsten Sinn heute
so volkstümliche Name ihres Trägers, und dafür ist auch der
Anlaß, aus dem heraus sie gestiftet wurde, zu wichtig. Denn
nicht allein will die Karlsruher Ortsgruppe des Bayreuther
Bundes der deutschen Jugend damit an die Tatsache eines ge-
legentlichen Aufenthaltes Wagners erinnern, der im Jahre
1868 im damaligen „Englischen Hof“ abtieg, sondern über-
haupt der vielen Beziehungen gedenken, die er zur badischen
Reichsstadt und ihrem ehemals großherzoglichen Hoftheater ge-
habt hat.

Deren Namen ist aber weit genug gespannt — man kann
das Nähere in der kleinen Festschrift nachlesen —, und wie
der Bericht dort nicht lediglich um jenes theatergeschichtliche
Ereignis kreist, sondern auch die vorbildlichen Wagner-Auf-
führungen erwähnt, die unter Felix Mottl Karlsruhe später
sogar den Ruhmestitel eines „Klein-Bayreuth“ eintrugen, so
soll eben diese jetzt am Hause Kaiserstraße Nr. 76 angebrachte
Tafel mit der schlichten Inschrift: „In diesem Hause wohnte
Richard Wagner im November 1868“ über den äußeren histo-
rischen Anlaß hinaus im erweiterten und größeren Zusam-
menhang ein Gedenkmal der ehrenden Tradition und zugleich
als Symbol eine stete Aufforderung sein zur Weiterpflege
der im Gesamtwerk Richard Wagners ruhenden kulturellen
Werte.

Der eigentlichen Enthüllung am Marktplatz ging unter ent-
sprechend harter Anteilnahme der gesamten Einwohnerschaft
eine Weisestunde voll festlichen Gepräges vor dem Schloß
voraus. Freudvolle Spätsonnensonne lag nach trübem Ne-
gentagen über dem Ehrenhof des Schlosses zwischen Haupt-
portal und den beiden Wachhäusern, den eine stattliche Menge
umsäumte, schon lange, bevor gegen die Mittagsstunde sich
dort die Ehrengäste versammelten, unter ihnen Frau Mini-
fred Wagner nebst Sohn, Oberbürgermeister Dr. Pinter sowie
viele andere Vertreter staatlicher und städtischer Behörden.

Mit Wagners Guldigungsmedaille, vorgetragen von der
Sarmielcapelle unter Hugo Rudolphs Leitung, begann die
Feier. Dann sang die „Siederhalle“ mit Studenten Hugo
Wagner am Dirigentenpult den „Wach auf“-Chor aus den
Meisterjüngern. Eine Ansprache des ersten Vorsitzenden der
Karlsruher Ortsgruppe, Christian Lorenz, folgte. Auch er be-
tonte die Tafel solle nicht bloß Zeugnis einer kulturhistori-
schen Reminiszenz sein; wie sich der Bayreuther Bund selbst
die Zukunft über eine von vielen schon verloren ge-
glaubten Position zur Aufgabe gemacht habe, so sei es auch
Zweck dieser Tafel, allen Deutschen zu künden, was sie an
Richard Wagners Werk, das nicht bloß individuelle Befennt-

Zur Sklarek-Affäre

Belastung der Berliner Stadtbank

Bei seiner Vernehmung am Samstag hat Max Sklarek zum
erstenmal seine Stillschweigepflicht aufgegeben. Er bestritt
zwar noch immer, an den Fälschungen beteiligt zu sein, hat
aber eine ausführliche Darstellung des Zustandekommens der
Stadtbankkredite gegeben. Sklarek belastet mit seiner Aussage
verschiedene Beamte der Stadtbank, die ihn geradezu aufgefor-
dert hätten, wertlose Belege vorzulegen. Am stärksten belastet
Sklarek den Abteilungsleiter der Stadtbank, Schroeder, von
dem er behauptet, er hätte den Sklarek geraten, ungedeckte
Schecks zu hinterlegen, was denn auch tatsächlich geschehen sei.
Ebenso wurden von den Sklarek's Kofscheds hinterlegt, die
drei bis vier Monate vordatiert waren. Die Schecks der Skla-
reks, die die Stadtbank im Tresor hatte, waren zum Teil un-
gedeckt. Von diesen Manipulationen soll, wie Max Sklarek
behauptet, die gesamte Direktion der Stadtbank unterrichtet
gewesen sein.

Wie sich jetzt herausstellt, hat der Oberpräsident der Pro-
vinz Brandenburg schon im Frühjahr dieses Jahres eine um-
fangreiche Revision bei der Stadtbank angeordnet, bei der
schärfste Beanstandungen gegen die Kreditgarantie der Stadt
erhoben. Erwährend ist dabei, daß die Sklarek-Geschäfte bei die-
ser Revision keine Rolle spielten. Es handelte sich um Bean-
standungen anderer Geschäfte, bei denen offenbar ebenfalls
schwere Verfehlungen vorgekommen sind.

Keine Verschiebung der Berliner Kommunalwahlen

In Berlin ist das Gerücht aufgetaucht, daß innerhalb der
preussischen Regierung eine Verschiebung des Termins der
benotigten Berliner Kommunalwahlen geplant sei. Den
Grund zu diesem Plan soll die Sklarek-Affäre bilden, da man
der Annahme sei, daß die staatsanwaltschaftliche und diszipli-
narisches Untersuchung geführt werde, wenn das Material aus
dieser Affäre für die Wahlen verwertet würde.

Wie die „Berl. Montagsp.“ erzählt, ist bei den maßgeben-
den Stellen der preussischen Regierung ein solcher Gedanke
niemals erwogen worden.

Lieferungsstempel bei einer Koblenzer Reichsbahnstation

Der Inhaber der vor kurzem zusammengebrochenen Firma
Loni Dunkel in Koblenz, die u. a. für die Reichsbahn arbeitete
sowie mehrere Reichsbahnbeamte, sind unter dem Verdacht
unlauterer Machenschaften bei der Vergebung von Aufträgen
der Reichsbahn verhaftet worden. Gelegentlich des Zusammen-
bruchs der Firma Dunkel (elektrische Licht- und Kraftanlagen)
wurden unter den Geschäftspapieren belastende Aufzeichnungen
entdeckt. Die gerichtliche Untersuchung bewegt sich auf
dem Gebiet der Amtsunterschlagung, sowie der aktiven und
passiven Bestechung.

Die Rheinbrücken in Köln und Düsseldorf

Die neue Rheinbrücke Köln-Mülheim, die größte Hänge-
brücke des Kontinents, ist am Sonntag vom Reichsverkehrs-
minister Stegerwald in Anwesenheit von Reichsminister von
Guérard und Minister Dr. Dittmer feierlich dem Verkehr
übergeben worden.

Minister Stegerwald beglückwünschte Köln zu diesem neuen
Verkehrsschritt. Die Brücke überspanne in einer einzigen
Öffnung von mehr als 300 Meter Weite den Rhein. Ihr ge-
büte im Range der Rheinbrücken der erste Platz. Am Sam-
stag sei in Düsseldorf ebenfalls eine neue Brücke dem Ver-
kehr übergeben worden. Drei weitere Rheinbrücken werden
demnächst südlich von Mainz in Angriff genommen. Diese
Tatsachen bezeugen, daß das übrige Deutschland dem Rhein
nach wie vor sein großes Interesse zuwendet. Möge diese
neue Brücke, die jetzt ihrem Bestimmungszweck übergeben
wird, ein Symbol dafür sein, daß wir auch in der Zukunft
mehr als je entschlossen sind, allen Schwierigkeiten zu bege-
gnen.

Bei der Einweihung der Rheinbrücke Düsseldorf-Neuß
Bahngesellschaft, Freken, der namens der Rheinbahn, die mit
den Städten Düsseldorf und Neuß Bauherr im engeren Sinn
gewesen sei, alle diejenigen, die in den 24 Jahren an diesem
Werk mitgearbeitet haben, zur glücklichen Vollendung des
Werkes beglückwünschte.

Die österreichische Verfassungsreform

Mitteilungen des Innenministers

Der österreichische Minister des Innern und Obmann des
Landbundes, Schumy, hielt in Klagenfurt eine große politische
Rede über die Aufgaben des Kabinetts Schöber, wobei er
zum ersten Male eingehendere Mitteilungen über die von der
Regierung vorbereiteten Entwürfe zur Verfassungsrevision
machte.

Danach soll der Bundespräsident das Recht zur Auflösung
des Nationalrates, zur Ernennung und Entlassung der Mini-
ster, sowie ein beschränktes Notverordnungsrecht erhalten, und
die Befugnis, auf Antrag des Kabinetts über einzelne Ge-
biete der Republik den Ausnahmezustand zu verhängen. Der
Bundespräsident soll außerdem das Recht zur Berufung des
Volkes besitzen. Die Wahl des Präsidenten erfolge in der
Weise, daß dem Bundesrat neben 18 Landesvertretern 36 Ver-
treter der Stände angehören. Jedes Land besitze, ebenso wie
die Bundeshauptstadt Wien, zwei Mandate, während die land-
wirtschaftlichen Unternehmer und Arbeiter 12, Handel, Ge-
werbe und Industrie 9, die Arbeiter und Privatangehörigen 9,
die öffentlichen Anstalten 8 und die freien Berufe auch 9 De-
legierte in den Bundesrat entsenden.

Der Nationalrat werde, wie bereits gemeldet, 120 Abge-
ordnete (bisher 105) zählen. Auch die Landesregierungen und
Landtage sollen in möglichen Grenzen verkleinert werden. Der
Staat dürfe in 60–80 Wahlkreise eingeteilt, und das Wahl-
alter hinaufgesetzt werden. Wien soll eine bundesunmittel-
bare Stadt werden, so daß der Kosten des Landeshauptman-
nes hier verschwindet, und der Instanzenweg vom Bürger-
meister direkt an das Ministerium geht. Die Entpolitisierung
soll sich auf das Bundesheer, den Verfassungsgerichtshof und
den Verwaltungsgerichtshof erstrecken.

Die Verfassungsreform werde u. a. durch ein Gesetz zum
Schutze der Arbeitsfreiheit und ein Gesetz zur Sicherung der
Versammlungsfreiheit ergänzt. Damit das Verfassungswort
gelingen, müßten sich die Geimwehren in den Dienst der Re-
formarbeit stellen, Ruhe halten und auf weitergehende Aspi-
rationen verzichten. Aber auch die Sozialdemokratie müßte
eine starke Einsicht bekunden, denn sie habe zwischen Krieg
und Frieden, zwischen Demokratie und Diktatur, oder ge-
nauer gesprochen, zwischen geordneten Zuständen und schar-
fen Kämpfen zu wählen.

Das Zündholzmonopol

Wie die „Voss. Zig.“ hört, ist über die Grundzüge des An-
leihe- und Zündholzmonopolplanes zwischen Reichsregierung
und Ivar Kreuger völlige Übereinstimmung erzielt worden.
Aus den wichtigsten Bestimmungen führt das Blatt an:

Der Schwedentrust, dazu seine Dachgesellschaft, die Kreu-
ger & Toll AG. in Stockholm, gewährt dem Deutschen Reich
eine sechszehnjährige Anleihe von 125 Mill. Dollar auf 50
Jahre fest, die nur deutscherseits nach 10 Jahren konvertiert
oder getilgt werden kann. Trägerin des Zündholzmonopols
wird eine Gesellschaft öffentlichen Rechtes, die durch Umbil-
dung der bisherigen Syndikatsorganisation, der Deutschen
Zündholzvertriebs AG. geschaffen werden soll. Der Deutschen
Gruppe (50 v. H.) wird auch die Zündholzfabrik der Konsum-
vereine, die bisher außerhalb des Syndikats stand, angehören.
Der schwedische Anteil ist nach wie vor um 15 v. H. geringer
als ihr Anteil an der Produktion. An der bereits angekün-
digten Preisreduzierung auf 35 Pf. werde festgehalten werden.
Die Aktionäre der Monopolgesellschaft erhalten eine feste Di-
vidende von acht Proz.

Reichsminister von Guérard im Rundfunk

Reichsjustizminister von Guérard hielt Sonntag abend im
Kölnener Rundfunk die angekündigte Rede über das Thema
„Rheinland und Volksbegehren“, in der er sich vor allem ge-
gen die unwahren Behauptungen der Agitation des Volks-
begehrens wandte. Er schloß seine Ansprache mit den Wor-
ten: Dieses Volksbegehren ist ein Frevler am deutschen Rhein,
am Deutschen Reich, am deutschen Volk. Deshalb, deutsche
Frauen, deutsche Männer: Gegen das Volksbegehren! Gegen
dieses sogenannte Freiheitsgesetz, das uns, das den deutschen
Rhein wieder in Unfreiheit führen muß!

Zeittheater

Für den vom Bad. Landestheater in Aussicht genommenen
Sonderzyklus von fünf Werken zeitgenössischer Autoren macht
sich ein reges Interesse geltend. Es sind schon Anmeldungen
zur Teilnahme in großer Zahl eingelaufen. Zu diesem Zyklus
„Zeittheater“ mag folgendes noch grundsätzlich bemerkt wer-
den:

Es handelt sich bei den aufzuführenden Werken um proble-
matische Fragen auf medizinischen, juristischen, kriminellen und
sexuellen Gebieten, die die heutige Öffentlichkeit stark beschäf-
tigen. Da es aber nicht jedermanns Sache ist, die Behandlung
solcher Fragen, wenn auch in völlig ernsthafter Weise, in
öffentlicher Bühnendarstellung anzusehen, ist dieser Sonder-
zyklus als eine gewissermaßen geschlossene Veranstaltung vor-
gesehen, und es wird empfohlen, daß nur Personen daran teil-
nehmen, die bereit sind, in ernsthafter und würdiger Weise mit
den genannten Zeitproblemen sich auseinanderzusetzen. Es soll
jede sensationelle Teilnahme ausgeschlossen sein. Für die Ju-
gend dürfte sich der Besuch der Vorstellungen nicht empfehlen,
da Fragen behandelt werden, zu denen eine gewisse innere
Reife gehört.

Die Auswahl der fünf Stücke ist sehr sorgfältig vorgenom-
men worden. Ferdinand Bruckner's „Krantheit der Jugend“,
dessen außerordentliche Theaterwirksamkeit bei bisherigen Auf-
führungen sich schon erwiesen hat, wird am 15. November die
Sondermiene eröffnen.

Die Propyläen-Weltgeschichte. Eine neue, auf zehn Bände
berechnete Weltgeschichte beginnt demnächst im Propyläen-
Verlag zu erscheinen. Sie wird von Professor Walter Koch,
dem bekannten Historiker der Universität Leipzig herausge-
geben, der zahlreiche, bedeutende Fachgelehrte wie: Erich
Brandenburg, Karl Brandt, Hans Freyer, Heinrich Herber,
Erich Marcks, Georg Steindorff, Oskar Walzel zu Mitarbei-
tern gewonnen hat. Diese neue Weltgeschichte stellt sich zur
Aufgabe, den Werdegang der Menschheit in Gesellschaft und
Staat, Wirtschaft und Geistesleben zum ersten Male so dar-
zustellen, wie wir ihn heute nach den grundlegenden Ver-
änderungen durch Weltkrieg und Revolution sehen. Dabei er-
hält von den Erlebnissen der jetzigen Generation her manches
Alte und Älteste ein überraschendes neues Licht. Vor allem
rückt die bisher vornehmlich gepflegte politisch-militärische Ge-
schichte in den Hintergrund zugunsten der sozialen, wirtschaft-
lichen und geistigen Entwicklung, die viel stärker betont wird.
Diese Agentverschiebung kommt auch in der reichen, technisch
vollkommenen Illustration zum Ausdruck, die sich mit dem Text
zu einer unausschließlichen Einheit verbindet. Zunächst erscheint
der siebente Band, der das Zeitalter der Revolution, Napo-
leons und der sogenannten Restauration umfaßt und demnächst
seines Inhalts, der häufigen Parallelen zu unserer Zeit, be-
sonders gegenwartsnahe wirkt.

Nein Personalabbau in Preußen

Die „Deutsche Allg. Ztg.“ hat ausgangsweise einen Erlaß des preussischen Finanzministeriums veröffentlicht, der im Hinblick auf die Vorbereitung des Etats für 1930 den Grundsatzzustellen soll, die Zahl der beamteten und nichtbeamteten Kräfte in den einzelnen Ressorts um 10 v. H. zu vermindern. Daraufhin beschloß der preussische Landtagsausschuß für Beamtenfragen, den Finanzminister Dr. Häpfer-Wilhoff auf Montag, den 14. Oktober, zum persönlichen Erscheinen vor dem Ausschuss einzuladen.

Der demokratische Abg. Bartels teilte nun im Ausschuss mit, daß der Minister bereit sei, zu erscheinen, daß er ihn aber jetzt schon ermächtigt habe, dem Ausschuss zu erklären, daß die Mitteilungen des genannten Blattes unrichtig seien. Wichtig sei nur, daß der Minister bei der kommenden Verwaltungsreform mit einem um 10 v. H. verminderten Personalbestand auszukommen hoffe, und daß er im Hinblick auf die äußerst gespannte preussische Finanzlage im allgemeinen keine neuen Stellen und keine Höherstufungen schaffen wolle. Der Haushalts für 1930 enthalte aber keine Personalverminderung. Auch sei es unzutreffend, daß er die Bestimmungen des Besoldungsgesetzes von 1927 betreffend Nichtwiederbesetzung freier werdender Stellen anwenden wolle.

Der Ausschuss beschloß hierauf, vom dem Anerbieten des Ministers Gebrauch zu machen, der am heutigen Montagmorgen vor dem Ausschuss erscheinen will.

Der „antifaschistische Kongress des Ruhrgebiets“ aufgelöst. Wie das kommunistische „Ruhredo“ mitteilt, wurde am Sonntagmittag in Glatz-Neuzell, der „antifaschistische Kongress des Ruhrgebiets“, der von der Polizei verboten worden war, durch ein größeres Aufgebot von Polizeibeamten aufgelöst.

Im Doppelner Prozeß wegen der Zwischenfälle anlässlich der polnischen Theateraufführung lautete das Urteil gegen den Angeklagten Kalemaja auf acht Monate, Jentner und Nowak auf je sechs Monate, Pobjada und Haupt auf je vier Monate, Kofler drei Monate Gefängnis. Die jugendlichen Angeklagten Raduk und Junke erhielten eine Verwarnung. Elf Angeklagte wurden freigesprochen.

Die Pariser Sowjetvertretung. Die große Säuberungsaktion in der Sowjetvertretung in Paris hat am Sonntag ein neues Opfer gefordert. Der Chef der Pariser sowjetrussischen Handelsdelegation, Kumanoff, ist durch direkte telegraphische Order aus Moskau heute von seinem Posten entbunden worden. Kumanoff, der mit sehr weitgehenden Vollmachten ausgerüstet war, wurde als die nach dem Botschafter Domogalewski wichtigste Persönlichkeit der diplomatischen Vertretung der Sowjets angesehen.

Rohstoffabkommen mit den Eisenbahnern in England. Zwischen vier Eisenbahngesellschaften und der Gewerkschaft der Eisenbahnangestellten wurde, wie aus London gemeldet wird, ein vorläufiges Abkommen geschlossen, das eine Verbehalten der bereits in Kraft befindlichen 24prozentigen Lohnüberzahlung für einen Zeitraum von sechs Monaten, der am 12. Mai nächsten Jahres abläuft, vorsieht.

Keine Einigung zwischen Luftschiffbau und Besatzung

Im Luftschiffbau Zeppelin fand unter Vorsitz von Dr. Cdenex eine Sitzung statt, in der fast alle Mitglieder der Besatzung des „Graf Zeppelin“ teilnahmen. Der größte Teil der Mannschaft hatte, wie gemeldet, unterzeichnet die Erklärung abgegeben, an der Nordpolfahrt nicht teilzunehmen. Dr. Cdenex führte der Mannschaft die ganze Sachlage in ihrer Tragweite vor Augen und sprach über die Strapazen eines Polarfluges. Zu einem einmütigen Entschluß kam man bei der Besprechung nicht.

In Wiberach (Württemberg) wurde ein Falschmünzernest ausgehoben. Die Falschmünzer, die 50-Mark-, 2-Mark- und 5-Mark-Stücke seit einiger Zeit anfertigten, und im ganzen württembergischen Oberlande in Umlauf setzten, konnten auf frischer Tat ertappt werden.

**Badischer Teil
Der Wohnungsausschuß
des Reichstags in Mannheim**

Auf der Besichtigungsreise des Wohnungsausschusses des Reichstages startete dieser am Samstag und Sonntagvormittag als einziger badischer Stadt Mannheim einen Besuch ab. Die Gäste trafen am Samstag abend gegen 7 Uhr ein und begaben sich in das Parkhotel wo sie von den Vertretern der staatlichen und städtischen Behörden begrüßt wurden.

Namens des badischen Staates überbrachte Ministerialrat Imhof, Karlsruhe, die Grüße und wies in seinen weiteren Ausführungen auf die Verhältnisse in Baden auf dem Gebiete des Wohnungswesens hin. In Baden habe sich das dezentralisierte System der Wohnungsbauverwaltung gut bewährt. Für Wohnungsbedürfnisse seien von Baden im Jahre 1929 etwa 7 Mill. Reichsmark aufgenommen worden durch Anleihen neben den aus der Hauszinssteuer fließenden Beträgen. Wenn auch die Bautätigkeit, die in den letzten Jahren stark angewachsen sei, im Jahre 1929 zurückging, so sei doch bis etwa August dieses Jahres die Friedensproduktion noch überschritten worden. Immerhin sei die Wohnungsnot in Baden noch sehr groß und das Gesetz über die Gebäudeentlastungssteuer müsse unbedingt möglichst bald durchgeführt werden. Zum Schlusse seines Referates wies Ministerialdirektor Imhof auf die Lage Badens als Grenzland hin, die die Schaffung eines besonderen Ausleihes für die Grenzländer durch das Reich wirtschaftlich wertvoll erscheinen ließe.

In Vertretung des verhinderten Oberbürgermeisters begrüßte alsdann Bürgermeister Balli die Gäste namens der Stadt Mannheim und gab in einem längeren Referat einen Überblick über die Wohnungsnot und die Bautätigkeit in der Stadt Mannheim. Er verwies insbesondere auch auf die große Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter, die trotz aller Unterstützung der Bautätigkeit in Mannheim immer noch rund 10 000 betrage. Er stellte fest, daß Mannheim in der Nachkriegszeit sich bis an die Spitze der deutschen Städte herangearbeitet habe, soweit die Schaffung von Wohnungen in Betracht komme. Besonders schwer zu lösen sei die Frage der Mietpreisbildung und der Kapitalbeschaffung. Solange noch die hohen Geldsätze und Beschaffungsschwierigkeiten beständen, könne an eine bessere Anpassung der Mietpreise in Neubauten an die Allwohnungen nicht gedacht werden.

In seinem folgenden Referat schilderte Oberbaurat Bissler die Schwierigkeiten, die sich gerade in Mannheim aus geologischen Gründen der Bautätigkeit entgegenstellen. Er gab dann einen Überblick auf die Generalbebauungspläne der Stadt und insbesondere auch auf die von der Stadt noch geplanten Projekte.

Anschließend fand dann auf Einladung der Stadtverwaltung ein gemeinsames Abendessen statt, am Sonntagvormittag schloß eine Besichtigungsreise durch die hauptsächlichsten erschlossenen Baugebiete Mannheims sich an, bei der unter sachkundiger Führung die am Samstag in den Referaten geäußerten Ausführungen erläutert wurden. Nach der Rundfahrt, die an der Rheinbrücke endete, gaben die Mitglieder des Ausschusses ihrer

großen Befriedigung darüber Ausdruck, daß Mannheim doch eine künftige Industriestadt sei, wie man es ihnen geschildert hatte, sondern eine Stadt, die reich an Schönheiten nicht nur kultureller, sondern auch baulicher Art ist.

Am Sonntagnachmittag folgte eine Besichtigung Ludwigsbadens, nach der die Mitglieder des Wohnungsausschusses des Reichstages die Weiterfahrt nach Stuttgart antraten.

Der neue Oberlandesgerichtspräsident

An Stelle des verstorbenen Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Bernauer wurde der bisherige Senatspräsident beim Oberlandesgericht, Karl Bugengeiger, zum Präsidenten des Oberlandesgerichts Karlsruhe ernannt. An seine Stelle trat Landesgerichtsdirektor Peter Gettinger in Karlsruhe. Der neue Oberlandesgerichtspräsident ist 1872 in Gutach (Amt Wolfach) geboren, wurde 1894 Rechtspraktikant, 1898 Referendar, 1899 Ministerialsekretär und 1900 Amtsrichter in Karlsruhe. 1905 erfolgte seine Ernennung zum Oberamtsrichter. 1906 wurde er Landesgerichtsrat, 1909 Oberlandesgerichtsrat und Senatspräsident beim Oberlandesgericht.

Irrtum in einem Gerichtsbericht

Ein Gerichtsbericht der „Neuen Badischen Landeszeitung“ Nr. 506 vom 5. Oktober über den Verteidigungsprozeß des Ministers des Innern gegen den Redakteur der „Arbeiterzeitung“ in Mannheim enthält infolgedessen einen Irrtum, als es sich bei dem in dem Bericht erwähnten Kuntschreiben über die eventuelle Bewaffnung der Ortspolizeibeamten nicht um einen Erlaß des Ministeriums des Innern handelt, sondern um eine örtliche Maßnahme des Bezirksamts anlässlich der Kontrolle der Gemeindepolizei.

Minister Dietrich über den Besuch des Reichsrats in Baden

In einer Wahlversammlung der Demokratischen Partei in Baden-Baden betonte Reichswirtschaftsminister Dietrich den erschütternden Eindruck, den die Grenzlandnot Badens, namentlich in Neßl, auf den Reichsrat gemacht haben. Reichsrat und Reichsregierung hätten die Überzeugung gewonnen, daß gerade für diese Bezirke an der Westgrenze unter allen Umständen etwas getan werden müsse, solle nicht die Wirtschaft im badischen Lande vollkommen zum Erliegen kommen.

Der schweizerische Ständerat zur Rheinregulierung

Die Kommission des Ständerats für die Regulierung des Rheins auf der Strecke Straßburg-Neßl-Basel hat, wie aus Basel gemeldet wird, nach erfolgter Besichtigung und eingehender Beratung einstimmig beschlossen, dem Bundesbeschlusse betreffend die Regulierung des Rheins zwischen Basel (Stein) und Straßburg-Neßl mit einigen redaktionellen Vereinfachungen grundsätzlich zuzustimmen. Die Kommission wird in der ersten Woche der Dezember-session in Bern noch einmal zusammenzutreten, um die von ihr gewünschten weiteren Mitteilungen des Bundesrats entgegenzunehmen.

Aus den Parteien

Reichstagsabgeordneter Dr. Köhler wurde dieser Tage in einem Berliner Krankenhaus infolge eines Kehlkopfleidens operiert. Wie der „Bad. Beob.“ mitteilt, ist das Befinden des Patienten den Umständen entsprechend gut. Dr. Köhler, der sich sein Leiden zweifelslos durch Überanstrengung beim Reden zugezogen hat, darf auf ärztliche Verordnung zur Zeit überhaupt nicht reden. Nach einer Mitteilung Dr. Köhlers an den „Bad. Beob.“ hofft er, in vier Wochen wieder gesund zu sein.

In seiner letzten Landesvorstands-sitzung in Karlsruhe besaßte sich der Badische Landesverein des Evangelischen Bundes mit seiner Stellung im unmittelbar bevorstehenden Landtagswahlkampf. In einer Entschließung wurde u. a. gesagt: „Der Evangelische Bund in Baden hat seine Mitglieder in fast sämtlichen Parteien. Er lehnt es ab, seine Glieder festzulegen für eine einzige politische Partei. Er muß aber nachdrücklicher als bisher von ihnen verlangen, daß sie bei ihrer politischen Betätigung sich ihrer Verpflichtungen gegenüber der evangelischen Kirche gegenüber bewußt sind. Der Landesvorstand kann in der Gründung einer evangelischen Partei in der gegenwärtigen Zeit keine Lösung des schwierigen Problems der Stärkung des Öffentlichkeitswillens des evangelischen Volksteils sehen. Er ist auch dieser Partei gegenüber völlig neutral.“

Aus der Landeshauptstadt

Ausstellung: „Nichtige Ernährung“

Das Deutsche Hygienemuseum in Dresden, das sich die Aufgabe gestellt hat, über alle wichtigen Fragen der allgemeinen Gesundheitslehre aufklärend in der Bevölkerung zu wirken, hat in den Dienst dieser Sache eine Reihe von Wanderausstellungen gestellt. Eine mit Unterstützung der Stadt Karlsruhe beabsichtigte Ausstellung „Nichtige Ernährung“ gibt in wissenschaftlich einwandfreier aber allgemeinverständlich gehaltener Form Aufklärung über alle Fragen auf dem Gebiete der Ernährung, einem Gebiet, das durch den Krieg und die Auswirkungen der Blockade das gesteigerte Interesse der wissenschaftlichen Forschung gefunden hat und in den letzten Jahren auch die Beachtung immer weiterer Kreise der Bevölkerung findet.

Die Ausstellung wird in der Zeit vom 9. bis 24. November d. J. in der städtischen Ausstellungshallen gezeigt werden, und dürfte, da sie für jeden einzelnen außerordentlich wertvolle Hinweise für eine gesundheitsgemäße Lebensweise bringt, von der gesamten Bevölkerung begrüßt werden und sich eines regen Besuches erfreuen.

Asphaltstraßen und Kraftwagen. Die Klagen der Kraftwagenfahrer über die Gefährlichkeit der bei nassem Wetter schlüpfrig werdenden Asphaltstraßen sind nicht neu. Gerade in letzter Zeit fällt es wieder auf, daß die Unfallberichte immer wieder besagen, daß Wagen ins Schleudern gekommen sind. Die erste Konsequenz wäre die Einschränkung des Waus von Asphaltstraßen, zumal hier ein aus dem Ausland zu beziehender Rohstoff gebraucht wird, und dafür die Bevorzugung des Waus von Beton- und Leertstrassen, die außerdem ganz aus inländischen Rohstoffen hergestellt werden können. Während man in Berlin den Asphalt von den Straßen entfernt, merkt man hier kaum etwas von einem bezartigen, im Interesse der Sicherheit der Allgemeinheit erforderlichen Vorgehen. Zum mindesten müßte nun daran gegangen werden, den Asphalt aufzuräumen. Dazu hat man anderwärts Erfahrungen genug gesammelt, deren Verwertung auch für Karlsruhe und Baden dringend notwendig ist, gerade jetzt, angehts des Herannahens des nassen Herbstwetters, bei dem der Blättersfall die Gefahr noch verstärkt.

„Graf Zeppelin“ über Karlsruhe. Die Landeshauptstadt erlebte gestern nachmittag aufs neue eine freundliche Überraschung. Um 1/5 Uhr hörte man plötzlich das eigenartige Surren der Motoren des „Graf Zeppelin“, der, auf der Rückfahrt von der Hollandreise begriffen, über unerer Stadt erschien. Der Luftreise bewegte sich im prächtigen Sonnenchein langsam und in mäßiger Höhe in südlicher Richtung über der Stadt und entschwand gegen 5 Uhr den Widen. — Der

Start zur Hollandfahrt erfolgte in Friedrichshafen in der Nacht zum Sonntag um Mitternacht mit 80 Passagieren. In Holland wurde das Luftschiff überall mit Interesse und Begierde begrüßt. Sonntag abend 6.50 Uhr erfolgte in der Dunkelheit nach der Rückkehr nach Friedrichshafen die glatte Landung. Vor der Abfahrt war übrigens wieder ein blinder Passagier, ein junger Holländer, entdeckt worden.

Referatbesuch der Dammertodausstellung. Die städtische Ausstellung auf dem Dammertodgelände hatte am Sonntag einen Massenbesuch zu verzeichnen. Angelockt durch das herrlich schöne Wetter setzte schon am Vormittag ein starker Zustrom der einheimischen Bevölkerung ein, der am Nachmittag durch zahlreiche auswärtige Gäste verstärkt wurde, so daß die Besucherzahl gegen Abend bis auf 6000 stieg. Von auswärts sah man u. a. Pressevertreter aus Mannheim, Heidelberg, Stuttgart und Köln sowie Paris. Auch eine Kommission des hessischen Magistrats stattete im Laufe des Tages der Ausstellung einen Besuch ab. Die auswärtigen Gäste betundeten für die Ausstellung lebhaftes Interesse.

Kartenvorverkauf zum 1. Badischen Brudner-Fest. Für das vom 6. bis 10. November stattfindende 1. Badische Brudner-Fest hat der Vorverkauf in Karlsruhe bereits eingeleitet, und es besteht eine erfreuliche Nachfrage nach Karten. Außer der Auskunftsstelle II des Verkehrsvereins, Kaiserstr. 159, Eingang Ritterstraße, haben die Kongerddirektion Musikhaus Fritz Müller, Kaiserstr., Ede Waldstr., und die Kongerddirektion Musikhaus Schalle, Kaiserstr. 175, den Kartenvorverkauf für sämtliche Veranstaltungen des 1. Badischen Brudner-Festes übernommen. Mit Ausnahme der Kartenhefte mit vorteilhafter Ermäßigung, die nur beim Verkehrsverein erhältlich sind, sind bei diesen Vorverkaufsstellen alle Karten zu haben. Für nähere Einzelheiten sei auf die Anzeige verwiesen.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Das seit mehreren Tagen vor der europäischen Westküste liegende Hochdruckgebiet ist auf das Festland übergetreten und hat in Frankreich und Süddeutschland durchgreifende Besserung des Wetters gebracht. Norddeutschland hat bei westlichen Winden noch veränderliches Wetter. Unter dem Einfluß des kontinentalen Hochdruckgebietes werden wir in unserem Gebiet das heitere Herbstwetter voraussichtlich noch einige Tage behalten. Wetterausichten: Fortdauer des heitern und trockenen, tagsüber milden Herbstwetters, freie Hochlagen leichter Nachtfrost, lokale Frühnebel.

Kurze Nachrichten aus Baden

bl. Mannheim, 12. Okt. Am Sonntag wird die in etwas über zweijähriger Bauzeit fertiggestellte Peterskirche durch Prälat Bauer benediziert. Die Kirche ist eine sogenannte Hallenkirche, nach den neuesten architektonischen Grundsätzen pfisterlos gebaut. Gotische Stilelemente sind unerkennbar. Ohne jegliche Verzierung und besonderen Schmuck sind auf dem blau getönten Grunde der Wände der Apostelfürsten Petrus und andere Heilige aufgemalt. Sonst ist man ganz der Materialart gefolgt und hat einfache, klare Linien der Gesimse und Fenster bevorzugt. Neben der Kirche, die mit ihrem 54 Meter hohen Turm eine Fierde der Schwelinger Vorstadt bildet, ist das Pfarrhaus angebaut. Es wird mit dem noch zu errichtenden Gemeindehaus einen einheitlichen Komplex bilden. Sämtliche Gebäude sind aus Kunststein, Eien und Beton ausgeführt.

D3. Seckenheim, 14. Okt. Bei einbrechender Dunkelheit ereignete sich auf der stark belebten Landstraße zwischen Seckenheim und Eningen, kurz nach der Unterführung der Schnellbahn unter der Main-Neckar-Bahn ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Auto und einem Motorradfahrer, bei dem der eine Fahrer getötet und der zweite schwer verletzt und ins Krankenhaus nach Heidelberg eingeliefert wurde. Beide Fahrer stammen aus Heidelberg.

bl. Hundes, 14. Okt. Vom schönsten Wandervetter begünstigt, erfolgte gestern die Einweihung des neuen Höhenweges über den Hochlopf nach Unterimmst und der zum Andenken an den verstorbenen Schwarzwaldfreund und Mitbesitzer des Kurhauses Hundes, Stefan Maushart, errichteten Gedächtnishütte.

bl. Freiburg, 12. Okt. In den Kommissions-sitzungen der Association Internationale Automobile, die in Paris tagte, wurde die von Deutschland ausgegangene Anregung, die drei großen Internationalen Bergrennen, auf der Klausenstraße in der Schweiz, auf dem Schanwald bei Freiburg und auf dem Semmering bei Wien, zu einer Bergmeisterschaft von Europa zusammenzufassen, günstig aufgenommen, und der Automobilklub der Schweiz wurde beauftragt, einen Ausschreibungsentwurf herzustellen.

D3. Wolfach i. S., 12. Okt. Studienrat und Bürgerlich-vorstand a. D. Franz Ditsch wurde in der gestern stattgefundenen Gemeinderats-sitzung in Anbetracht seiner großen Verdienste um die Stadt Wolfach zum Ehrenbürger der Stadt ernannt. U. a. hat Ditsch die Chronik von Wolfach verfaßt und das städtische Archiv mustergerüstig eingerichtet.

**Handel und Wirtschaft
Berliner Devisennotierungen**

	14. Oktober		12. Oktober	
	Geld	Silber	Geld	Silber
Amsterdam 100 G.	168.46	168.80	168.37	168.71
Kopenhagen 100 Kr.	111.95	112.17	111.94	112.16
Italien 100 L.	21.93	21.97	21.925	21.955
London . . 1 Pf.	20.363	20.423	20.382	20.422
New York . . 1 D.	4.1881	4.1960	4.1881	4.1960
Paris . . 100 Fr.	16.44	16.48	16.44	16.48
Schweiz . . 100 Fr.	80.97	81.13	80.96	81.12
Wien 100 Schilling	58.85	58.97	58.84	58.96
Prag . . 100 Kr.	12.394	12.414	12.391	12.411

Die Oberreinschiffahrt durch Niederrheinland lahmgelegt. Infolge des niederen Wasserstands des Rheins mußte, wie aus Neßl gemeldet wird, die gesamte Oberreinschiffahrt lahmgelegt werden. Das Wasser ist so nieder, daß nicht einmal Leerfähne den Rhein befahren können. Der Stillstand in der Schifffahrt ist für die Schiffer ein außerordentlich unangenehmer finanzieller Ausfall. Auch die Hafnarbeiter an den oberreinschiffahrt Umschlagplätzen werden hart betroffen. Während den ganzen Sommer über in drei Belegschaften gearbeitet werden konnte, mühten jetzt zwei Schichten entlassen werden, weil keine Schiffe mehr ankommen. Nur die Kieszieher haben von niederen Wasserstand einen Vorteil.

Raucher!!
Doppelt ist der Genuß mit Wylert, der Rachen ist vor Entzündung geschützt, der Atem rein!
Wylert
In Apotheken u. Drogerien RM. 1,25 u. 70 Pfg.



Eröffnung von Kontokorrentkonten mit und ohne Kreditgewährung

Rheinische Creditbank * Filiale Karlsruhe

Zentralhandelsregister für Baden.

Freiburg, Bezirks-R. 597 Handelsregister Freiburg i. Br. A. Vd. VII D.-3. 185: Firma Heinrich Bits, Freiburg, ist erloschen. Am 11. September 1929.

A. Vd. X D.-3. 69: Firma Carl Heinrich König, Freiburg, Inhaber ist Kaufmann Carl Heinrich König in Freiburg. Am 11. September 1929.

A. Vd. VII D.-3. 187: Firma Eduard Engler in Mengen ist erloschen. Am 13. September 1929.

A. Vd. X D.-3. 85: Die Firma Heinrich Baron, 3. 'Raubrosch' in Freiburg, hat die Firma geändert in 'Heinrich Baron, zum Raubrosch'. Inhaber: Karl Thoma. Inhaber ist jetzt Herr Karl Thoma in Freiburg. Am 16. September 1929.

A. Vd. VIII D.-3. 359: Firma Käsevertrieb Josef Müller, Freiburg, ist erloschen. Am 18. September 1929.

B. II D.-3. 34, bei Süddeutsche Isolatorwerke, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Freiburg; Dr.-Ing. Arthur Sommerfeld in Freiburg ist als Geschäftsführer bestellt. Durch Generalversammlungsbefehl vom 24. August 1929 ist § 7 des Gesellschaftsvertrags geändert; sind zwei Geschäftsführer bestellt, so hat jeder von ihnen das Recht der Einzelzeichnung. Am 14. September 1929.

B. Vd. III D.-3. 74: Firma Café Hansa, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, in Freiburg, wurde gemäß § 31 Abs. 2 HGB. von Amts wegen gelöscht. Am 16. September 1929.

B. Vd. III D.-3. 72, bei Badische Filmfabrik u. Kopierwerke, Aktiengesellschaft, vorm. Weltkinematograph, mit Sitz in Freiburg; An Stelle des ausgeschiedenen B. W. Ferdinand ist Kaufmann Otto Auer in Freiburg als Vorstand bestellt. Am 17. September 1929.

B. Vd. III D.-3. 81, bei 'Feinmetall', Gesellschaft mit beschränkter Haftung, mit Sitz in Freiburg; An Stelle des ausgeschiedenen Karl Emil Weiß ist Kaufmann Edwin Daur in Freiburg als Geschäftsführer bestellt. Am 18. September 1929.

führer: Hans Kiffel, Kaufmann, Karlsruhe. Einzelprokurist: Kaufmann Hans Kiffel, Ehefrau Toni, geb. Grundler, Karlsruhe. Kollektiprokuristen mit der Berechtigung zur gemeinsamen Vertretung: Margarete Kiffel und Georg Motzermel, Karlsruhe. Der Gesellschaftsvertrag ist am 20. September 1929 festgestellt. Mehrere Geschäftsführer vertreten die Gesellschaft einzeln. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. 8. 9. 1929.

2. Ziegelwerke Emil Mail, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe-Darlanen. Die Vertretungsbefugnis der Geschäftsführer Emil Mail und Hans Basse ist beendet. Durch Gesellschaftsbefehl vom 20. September 1929 ist die Gesellschaft aufgelöst. Der bisherige Geschäftsführer Robert Mail ist alleiniger Liquidator.

3. Badische Beleuchtungs- und Kältegesellschaft, Karlsruhe. Die Firma ist erloschen.

4. Lebervertriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Durch Gesellschaftsbefehl vom 15. September 1929 ist die Gesellschaft aufgelöst. Der bisherige Geschäftsführer Hermann Huber ist Liquidator. Die Firma ist erloschen. 8. 10. 1929.

5. Die Uhr, Gesellschaft f. drahtlose Zeitübermittlung mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Durch Gesellschaftsbefehl vom 4. Oktober 1929 wurde der Gesellschaftsvertrag in § 7 geändert. Hiernach gilt insbesondere: Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so vertritt jeder von ihnen die Gesellschaft allein. Friedrich Diether, Karl Hartmann, Hermann Winter sind als Geschäftsführer ausgeschieden. Dr. Adam Eckert, Kaufmann, Stuttgart, ist als Geschäftsführer bestellt. Geschäftsführer: Karl Hartmann, Kaufmann, Hermann Winter, Kaufmann, beide in Karlsruhe. Sie vertreten gemeinschaftlich die Gesellschaft. 5. 10. 1929.

Antsgericht Karlsruhe. Rehl. Handelsregister: Firma F. W. Vertsch & Co. in Scherzheim. Die offene Handelsgesellschaft ist aufgelöst. Das Geschäft ist auf die bisherige Geschäftsführerin Friedrich Wilhelm Vertsch Witwe Sofie, geb. Hoffmann, in Scherzheim, übergegangen; sie führt es unter der bisherigen Firma fort. Rehl. 1. 10. 1929. Bad. Amtsgericht.

Lörrach. Handelsregister: Von 29. August 1929: 'Milchzentrale Lörrach, G. m. b. H.', Lörrach: Die Vertretungsbefugnis des Bauunternehmers Max Münz in Lörrach ist beendet. Vom 3. September 1929: 'Albert Klein & Co.', Grenzach: Der Sitz der Gesellschaft wurde nach Niederschwochstadt verlegt. Vom 8. September 1929: 'Musikhaus Haubensack & Engelhardt', Lörrach: Die Gesellschaft ist aufgelöst; die Firma ist erloschen. Vom 5. September 1929: 'Pittiners Nachf. Wolf Schärf', Lörrach: Die Gesellschaft ist aufgelöst; das Geschäft als persön-

lich haftender Gesellschafter eingetreten. Die dadurch entstandene offene Handelsgesellschaft hat am 1. Oktober 1928 begonnen. Die Firma der Gesellschaft ist in 'Pittiners Nachf. Wolf Schärf & Co.' geändert. Zur Vertretung der Gesellschaft ist nur der Gesellschafter Kaufmann Wolf Schärf in Lörrach berechtigt.

Vom 10. September 1929: 'Fug & Co., Zürich, Zweigniederlassung in Lörrach: Der Kaufmann Max Voller in Zürich ist in das Geschäft als weiterer Gesellschafter eingetreten.

Vom 12. September 1929: 'Jahn & Co., Hoch-Tiefbau', Erzingen: Die Firma wird von Amts wegen gelöscht.

Vom 17. September 1929: 'Zigarettenfabrik 'Wadsch', Inhaber Leifer, Orientbaum, Zweigniederlassung 'Lörrach', Lörrach: Inhaber ist Fabrikant Leifer Orientbaum in Alesheim.

Vom 21. September 1929: 'Seifert & Schlienger', Lörrach. Offene Handelsgesellschaft. Persönlich haftende Gesellschafter sind Kaufmann Josef Seifert u. Graveur Emil Schlienger. Ehefrau Elise geborene Maurin, beide in Lörrach. Die Gesellschaft hat am 1. August 1929 begonnen.

Vom 27. September 1929: 'Speibbons. u. Lagerhaus-Aktiengesellschaft 'Spelaa', Weil-Neopolds-höhe: Durch Beschluss der Generalversammlung vom 8. September 1929 ist der Gesellschaftsvertrag geändert.

Vom 27. September 1929: 'Spinnerei u. Weberei Steinen, Aktiengesellschaft', Steinen: Die Vertretungsbefugnis des Fabrikdirektors Alb. Köchlin in Steinen ist beendet. Dr.-Ing. Fritz Balz in Steinen ist zum Vorstandsmitglied bestellt. Bad. Amtsgericht Lörrach.

Mannheim. Handelsregister: Firma F. W. Vertsch & Co. in Scherzheim. Die offene Handelsgesellschaft ist aufgelöst. Das Geschäft ist auf die bisherige Geschäftsführerin Friedrich Wilhelm Vertsch Witwe Sofie, geb. Hoffmann, in Scherzheim, übergegangen; sie führt es unter der bisherigen Firma fort. Rehl. 1. 10. 1929. Bad. Amtsgericht.

Mannheim. Handelsregister: Von 2. Oktober 1929: Barbara Kofs, Mannheim: Das Geschäft samt Firma, jedoch ohne die im bisherigen Geschäftsbericht begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten, ist von Salome, genannt Barbara, Schwarz geb. Kofs, auf August Kofs Witwe Barbara geb. Karg, in Mannheim, übergegangen. Ernst Collini, Mannheim. Inhaber ist Ernst Julius Collini, Kaufmann, Birkenfeld, Nahe. Bad. Amtsgericht Mannheim.

Mannheim. Handelsregister: Von 2. Oktober 1929: Heinrich Scharpinet, Aktiengesellschaft, Mannheim: Hermann Embacher ist nicht mehr Vorstandsmitglied. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die bisherigen Vorstandsmitglieder Wilhelm Henning und Albert Wolff, beide in Mannheim, sind zu Liquidatoren bestellt mit der Befugnis, daß jeder von ihnen zur Einzelvertre-

tung berechtigt ist. Albert Wolff ist nicht mehr Liquidator.

'Pewog', Papier-Erzeugungs- und Verarbeitungs-Aktiengesellschaft, Druckerei, Filiale Mannheim, Mannheim: Erich Ganske ist nicht mehr Vorstandsmitglied. Kaufmann Hermann Brand in Berlin ist zum Vorstandsmitglied bestellt.

Rheinisches Braunkohlenfundat, Gesellschaft m. beschränkter Haftung, Köln, Zweigniederlassung Mannheim in Mannheim: Der Gesellschaftsvertrag ist d. Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 29. Jan. 1929 in § 1 (Dauer d. Gesellschaft u. § 27 (Geschäftsabschlüsse der Gesellschafter) geändert. Die Dauer der Gesellschaft ist bis 31. 1. 1945 festgesetzt. Wenn nicht ein Gesellschafter ein Jahr vor Ablauf dieser Vertragsdauer kündigt, läuft der Vertrag fünf Jahre u. so immer wieder einmal ein Jahr vor Ablauf des betreffenden Zeitabschnittes gekündigt wird.

Praborit, Gesellschaft m. beschränkter Haftung, Mannheim: Das Stammkapital ist gemäß dem Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 8. Mai 1929 um 150 000 M. erhöht und beträgt jetzt 200 000 M.

Siva, Verkaufsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Richard Krumbiegel ist als Geschäftsführer abberufen. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Dipl.-Ing. Walter Julius Higer in Heidelberg ist zum Liquidator bestellt.

Einfachstele Deutscher Kunstbündnerfabriken, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Paul Diez ist nicht mehr Geschäftsführer. Dem Ernst Ziegler in Mannheim ist Procura erteilt, daß er gemeinsam mit einem Geschäftsführer die Gesellschaft zu vertreten berechtigt ist.

'Wager', Gesellschaft m. beschränkter Haftung, Mannheim: Josef Gailhofer ist nicht mehr Geschäftsführer. Die Procura des Felix Klack ist erloschen. Die Kaufleute Herbert Bornmann u. Paul Kaufmann, beide in Mannheim, sind zu Geschäftsführern bestellt. Dem Kaufmann Max Wolf, Mannheim, ist Procura erteilt, daß er in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer od. einem Prokuristen zeichnungsbe-

rechtigt ist. Mannheim. Handelsregister: Von 25. September 1929: Balma-Regler, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Geschäftsführer Valentin Matzen in Feudenheim ist zum Liquidator bestellt. Die Firma ist erloschen.

Süddeutsche Kreditanstalt, Aktiengesellschaft, Mannheim: Gerhard Nestgen ist nicht mehr Vorstand. Heinrich Kunz, Kaufmann, Mannheim, ist zum Vorstand bestellt.

Autolad-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Der Gesellschaftsvertrag ist am 12. September 1928 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist: Die Verarbeitung u. der Handel von Holz, mit Holzkräften, Zellulose, Holz- u. Nahrungsmitteln aller Art, die Herstellung von Benzin sowie der Betrieb von Weberei u. von allen sonstigen Geschäften, welche nach dem Ermessen des Aufsichtsrats mit dem vorgedachten Zweck in Verbindung stehen oder zu bringen sind. Das Grundkapital beträgt 14 000 000 M.

Friedr. Baumgarten, Kaufmann, Gust. König, Kaufmann, Robert Rees, Kaufmann, alle in Harburg, Julius Koch, Direktor, Blankenese, sind Vorstandsmitglieder. Friedr. Schipmann, Hermann Bartels, Hermann Wagnere, Otto Weinberg, Ingenieur, Richard Schmalz, alle in Harburg, Otto Demide, Altona, Hermann Bandhold, Walter Schulze, Dr. Hermann Baumgarten, Dr. Friedrich Schraud, alle in Harburg-Wilhelmsburg, sind zu Gesamtprokuristen bestellt, berat, daß jeder zusammen mit einem Vorstandsmitglied die Firma zu vertreten berechtigt ist.

Die Gesellschaft wird vertreten: a) wenn der Vorstand aus einer Person besteht, durch diese; b) wenn der Vorstand aus mehreren Personen besteht, von dem Vorstandsmitglied allein, welches vom Aufsichtsrat dazu ermächtigt ist, oder von zwei Vorstandsmitgliedern, od. von einem Vorstandsmitglied und einem Prokuristen. Stellvertretende Vorstandsmitglieder stehen hinsichtlich der Vertretung ordentlichem Vorstandsmitgliedern gleich. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Das Grundkapital ist eingeteilt in 100 000 Aktien.

Anton Diehl II., Sandhofen: Die Firma ist erloschen. Antsgericht Mannheim.

Mannheim. Handelsregister: Von 27. September 1929: Badische Girozentrale, Mannheim: Die bisher unter der Firma Badische Girozentrale, Deffentliche Bankanstalt geführte Bankanstalt des Badischen Sparcassen- und Giroverbandes in Mannheim wird jetzt, und zwar nunmehr mit Körperschaftsrechten ausgestattet, unter der Firma 'Badische Kommunale Landesbank - Girozentrale - Deffentliche Bank - u. Pfandbriefanstalt' mit Sitz in Mannheim weitergeführt.

F. Thörl's Vereinigte Garbener Defabrikanten-Aktiengesellschaft, Verkaufsbüro Mannheim in Mannheim. Zweigniederlassung der F. Thörl's Vereinigte Garbener Defabrikanten-Aktiengesellschaft, Harburg a. Elbe. Der Gesellschaftsvertrag ist am 7. Juli 1906

festgestellt, am 23. August 1917, 16. April 1919, 15. März 1923, 1. Dezember 1923, 9. April 1927 und 8. April 1928 geändert. Gegenstand des Unternehmens ist: Die Verarbeitung u. der Handel von Holz, mit Holzkräften, Zellulose, Holz- u. Nahrungsmitteln aller Art, die Herstellung von Benzin sowie der Betrieb von Weberei u. von allen sonstigen Geschäften, welche nach dem Ermessen des Aufsichtsrats mit dem vorgedachten Zweck in Verbindung stehen oder zu bringen sind. Das Grundkapital beträgt 14 000 000 M.

Friedr. Baumgarten, Kaufmann, Gust. König, Kaufmann, Robert Rees, Kaufmann, alle in Harburg, Julius Koch, Direktor, Blankenese, sind Vorstandsmitglieder. Friedr. Schipmann, Hermann Bartels, Hermann Wagnere, Otto Weinberg, Ingenieur, Richard Schmalz, alle in Harburg, Otto Demide, Altona, Hermann Bandhold, Walter Schulze, Dr. Hermann Baumgarten, Dr. Friedrich Schraud, alle in Harburg-Wilhelmsburg, sind zu Gesamtprokuristen bestellt, berat, daß jeder zusammen mit einem Vorstandsmitglied die Firma zu vertreten berechtigt ist.

Die Gesellschaft wird vertreten: a) wenn der Vorstand aus einer Person besteht, durch diese; b) wenn der Vorstand aus mehreren Personen besteht, von dem Vorstandsmitglied allein, welches vom Aufsichtsrat dazu ermächtigt ist, oder von zwei Vorstandsmitgliedern, od. von einem Vorstandsmitglied und einem Prokuristen. Stellvertretende Vorstandsmitglieder stehen hinsichtlich der Vertretung ordentlichem Vorstandsmitgliedern gleich. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Das Grundkapital ist eingeteilt in 100 000 Aktien.

Anton Diehl II., Sandhofen: Die Firma ist erloschen. Antsgericht Mannheim.

Mannheim. Handelsregister: Von 27. September 1929: Badische Girozentrale, Mannheim: Die bisher unter der Firma Badische Girozentrale, Deffentliche Bankanstalt geführte Bankanstalt des Badischen Sparcassen- und Giroverbandes in Mannheim wird jetzt, und zwar nunmehr mit Körperschaftsrechten ausgestattet, unter der Firma 'Badische Kommunale Landesbank - Girozentrale - Deffentliche Bank - u. Pfandbriefanstalt' mit Sitz in Mannheim weitergeführt.

F. Thörl's Vereinigte Garbener Defabrikanten-Aktiengesellschaft, Verkaufsbüro Mannheim in Mannheim. Zweigniederlassung der F. Thörl's Vereinigte Garbener Defabrikanten-Aktiengesellschaft, Harburg a. Elbe. Der Gesellschaftsvertrag ist am 7. Juli 1906

festgestellt, am 23. August 1917, 16. April 1919, 15. März 1923, 1. Dezember 1923, 9. April 1927 und 8. April 1928 geändert. Gegenstand des Unternehmens ist: Die Verarbeitung u. der Handel von Holz, mit Holzkräften, Zellulose, Holz- u. Nahrungsmitteln aller Art, die Herstellung von Benzin sowie der Betrieb von Weberei u. von allen sonstigen Geschäften, welche nach dem Ermessen des Aufsichtsrats mit dem vorgedachten Zweck in Verbindung stehen oder zu bringen sind. Das Grundkapital beträgt 14 000 000 M.

Friedr. Baumgarten, Kaufmann, Gust. König, Kaufmann, Robert Rees, Kaufmann, alle in Harburg, Julius Koch, Direktor, Blankenese, sind Vorstandsmitglieder. Friedr. Schipmann, Hermann Bartels, Hermann Wagnere, Otto Weinberg, Ingenieur, Richard Schmalz, alle in Harburg, Otto Demide, Altona, Hermann Bandhold, Walter Schulze, Dr. Hermann Baumgarten, Dr. Friedrich Schraud, alle in Harburg-Wilhelmsburg, sind zu Gesamtprokuristen bestellt, berat, daß jeder zusammen mit einem Vorstandsmitglied die Firma zu vertreten berechtigt ist.

Die Gesellschaft wird vertreten: a) wenn der Vorstand aus einer Person besteht, durch diese; b) wenn der Vorstand aus mehreren Personen besteht, von dem Vorstandsmitglied allein, welches vom Aufsichtsrat dazu ermächtigt ist, oder von zwei Vorstandsmitgliedern, od. von einem Vorstandsmitglied und einem Prokuristen. Stellvertretende Vorstandsmitglieder stehen hinsichtlich der Vertretung ordentlichem Vorstandsmitgliedern gleich. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Das Grundkapital ist eingeteilt in 100 000 Aktien.

über 50 M., 20 000 Aktien über 300 M., 100 000 Aktien über 20 M., 20 000 Aktien über 50 M., die alle auf den Inhaber lauten. Der Aufsichtsrat besteht die Zahl der Vorstandsmitglieder fest. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft und die Berufung der Generalversammlung erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. Geschäftslokal: Bonadriesstr. 3. Antsgericht Mannheim.

Karlsruhe. Handelsregister: Von 1. Oktober 1929: A. Vd. I D.-3. 9, zu Firma Adolf Schell & Otto Pittalis, G. m. b. H. in Offenbach Den Kaufleuten Georg Horn und Wilhelm Daur, beide in Offenbach, ist Gesamtprocura erteilt. Durch Beschluss der Generalversammlung vom 4. September 1929 wurde der Gesellschaftsvertrag vom 5. Jan. 1920 in der Weise geändert, daß der § 9 folgenden neuen Absatz erhielt: 'Die Vertretung der Gesellschaft u. die Zeichnung der Firma tan auch durch zwei Prokuristen erfolgen.' Offenbach, den 30. September 1929. Bad. Amtsgericht II.

St. Blasien. Handelsregister A. Vd. I D.-3. 145: Hotel und Pension Sternen in Schlußsee, Inhaber Bruno Moerzen, Direktor in Schlußsee. St. Blasien, 14. September 1929. Antsgericht.

Weinheim. Zum Handelsregister B. D.-3. 21 zur Firma 'Grenzwirter Gensbach Käs & Reinmuth G. m. b. H.' in Gensbach wurde eingetragen: Johann Käs, Steinmetzmeister in Gensbach, ist als Geschäftsführer ausgeschieden. 5. 9. 1929. Antsgericht Weinheim.

Berichtigung. In den in Nummer 238 veröffentlichten Wahlvorschlägen für den 13. Wahlkreis muß die Unterschrift Dr. Baure heißen.

6% ige Holzwerthanleihe der Stadt Freiburg i. Br. von 1923.

Die Staatliche Forstbehörde hat den Durchschnittsgrundpreis für 1 fm Nadelholz 3. Klasse für den der Rinsberechnung zugrunde zu legen den Zeitabschnitt auf 30,84 M. festgesetzt. Hieraus berechnet sich der Geldwert für die am 1. November 1929 fälligen Jahreszinsen aus der 6% igen Holzwerthanleihe der Stadt Freiburg im Breisgau auf 1,85 M. je Hektometer. Der am 1. Nov. fällige Zinsbetrag Nr. 6 wird nach Abzug von 10% Kapitalertragssteuer wie folgt eingeteilt: 1 Zinsschein f. d. St. Serie A über 1/2 fm mit 0,42 M 1 " " " " B " 1/2 fm mit 0,84 M 1 " " " " C " 1 fm mit 1,67 M 1 " " " " D " 2 fm mit 3,34 M 1 " " " " E " 5 fm mit 8,35 M Einlösungssstelle ist die Stadthauptkasse Freiburg i. Br. Freiburg im Breisgau, den 12. Oktober 1929. Der Oberbürgermeister. 864

Badisches Landestheater. Montag, 14. Oktober. 'A 4. Th.-Gem. II. G.-Br. Neu einstudiert Don Pasquale Oper von Donizetti. Dirigent: Schwarz. Regie: Mühlensbecker. Mitwirkende: Effelgrotz, von Ernst, Gauer, Großinger, Löfer, Rentwig, Decker, Schulte, Anfang 20. Ende 22 1/2. Preise C (1-7 M.). Mi., 16. Okt., nachmittags Minna von Barnhelm. abends: Jüdisches Hochzeit. Do., 17. Okt., Fidelio.

Prüfer, Schulze, v. d. Linden, Grimm, Kuther. Anfang 19. Ende 23. Preise A (0,70-5,00 M.). Dienstag, 15. Oktober. 'A 4. Th.-Gem. II. G.-Br. Neu einstudiert Don Pasquale Oper von Donizetti. Dirigent: Schwarz. Regie: Mühlensbecker. Mitwirkende: Effelgrotz, von Ernst, Gauer, Großinger, Löfer, Rentwig, Decker, Schulte, Anfang 20. Ende 22 1/2. Preise C (1-7 M.). Mi., 16. Okt., nachmittags Minna von Barnhelm. abends: Jüdisches Hochzeit. Do., 17. Okt., Fidelio.